

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 3: Einbürgerung der Kunst? : Um ein neues Selbstverständnis der Kritik

Artikel: Wirtschaftschronik
Autor: Oeconomicus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162271>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dem staatspolitisch nicht zu unterschätzen- den Umstand Rechnung tragen würde, dass die Schulhoheit praktisch das letzte intakte Bollwerk kantonaler Souveränität darstellt.

Kantonale Wahlgänge

Nach wie vor steht auf parteipolitischer Ebene die Frage im Vordergrund, ob der 1967 geradezu sensationell anmutende Vormarsch des Landesrings weiterhin anhalte. Die Wahlgänge der letzten Zeit geben darauf keine eindeutigen Antworten. In Graubünden zum Beispiel verzichtete der Landesring auf eine Beteiligung am Wahlkampf. In Neuenburg versuchte er es zwar, aber er steckte eine Niederlage ein. In Solothurn anderseits gelang ihm ein eigentlicher Durchbruch mit dem Gewinn von 7 Mandaten. Charakteristisch ist dabei, dass auch dort, wie früher in anderen Kantonen so-

wie bei den Nationalratswahlen, die «historischen» Parteien unter sich keine Mandate abtauschten, dass aber alle mehr oder weniger Haare lassen mussten gegenüber dem Landesring.

Dieser Tatbestand dürfte einmal mehr bestätigen, dass sich die «Landesring-Welle» nicht zuletzt gegen das traditionelle Parteiensystem richtet. Es gibt offensichtlich eine latente Bewegung der Unzufriedenheit, die sich gegen die Regierungsparteien wendet und im Landesring ihr Sammelbecken findet. Die Antwort des «Establishments» müsste demzufolge weniger in einer massiven Gegenpropaganda als vielmehr in einer konsequenten Überprüfung der eigenen Politik bestehen. Ohne Zweifel ist nicht nur unsere staatliche Ordnung, sondern auch unser Parteiensystem der Durchleuchtung und Generalüberholung bedürftig.

Spectator

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Spekulation um die D-Mark

Das beherrschende wirtschaftspolitische Ereignis während der Berichtsperiode war zweifellos die *Spekulation um die D-Mark-Aufwertung*, die am 9. Mai mit dem Beschluss des Kabinetts der Bundesregierung, die Parität der D-Mark *nicht* zu ändern, ihren vorläufigen Abschluss gefunden hat. Man ist versucht zu sagen, dass der neue Wirbel um die D-Mark letztlich wohl Reflex tiefergreifender Strukturmängel der internationalen Währungsordnung ist, dass er aber in den vergangenen Wochen durch eine völlig unangemessene Behandlungsweise durch massgebende Vertreter der Bundesregierung erst zu den Dimensionen aufgeblasen wurde, die er schliesslich angenommen hat. Die Austragung von kabinettinternen Meinungsverschiedenheiten über Währungsfragen in aller Öffentlichkeit, insbesondere die unqualifizierte Redseligkeit von Finanzminister Strauss, hat

die Spekulation zu ihrem hektischen Treiben ermuntert.

Nachdem im November des letzten Jahres die Grosse Koalition sich noch einmütig gegen eine einseitige Aufwertung der D-Mark ausgesprochen hatte – die Bundesbank nahm allerdings schon damals eine andere Haltung ein –, ist nun sechs Monate später festzustellen, dass die währungspolitische Front der Grossen Koalition nicht mehr existiert. Bundeswirtschaftsminister Schiller hat sich zu einem dezidierten Aufwertungsbefürworter gewandelt; er befindet sich zweifellos in guter Gesellschaft, stehen doch die Bundesbank sowie der grösste Teil der Wissenschaft auf seiner Seite. Dagegen beharren Finanzminister Strauss und Bundeskanzler Kiesinger auf ihrem Standpunkt, dass eine D-Mark-Aufwertung nicht in Frage komme. «Solange ich Kanzler dieser Regierung bin, wird es keine Aufwertung der D-Mark geben», hatte Kiesinger im November 1968 ausge-

rufen. Und Regierungssprecher Ahlers betonte am 9. Mai lakonisch – jedoch wenig überzeugend –, dass der Nichtaufwertungsbeschluss auf «ewig» gelte.

Es ist nicht zu übersehen – und die Demoskopen haben dies mehrfach bestätigt –, dass eine Aufwertung in der Bundesrepublik unter der Bevölkerung wenig populär ist; die überwiegende Mehrheit der Bundesbürger lehnt eine solche Massnahme ab. Hat die Regierung Kiesinger bzw. die CDU/CSU bei ihrem Entscheid auf diese Situation Rücksicht genommen? Dies ist kaum in Zweifel zu ziehen. Der Beschluss des Kabinetts im Vorfeld der Wahlen (September) war durch *politische Überlegungen* mitbestimmt. Der Bruch geht mitten durch die Koalition und – entsprechend der spezifischen Interessenstandpunkte – auch mitten durch die Wirtschaft. Ist diese Wendung als das Ende der grossen Koalition zu deuten? Es ist mindestens nicht ausgeschlossen, dass die Spekulation um die D-Mark ihre Spuren bei der nächsten Regierungsbildung hinterlassen wird.

Divergierende Auffassungen

Es wäre aber zu einfach, wollte man den Beschluss des Kabinetts *allein* auf politische Motive zurückführen. Die Aufwertungsgegner können auch gewichtige wirtschaftliche Gründe ins Feld führen. Es hat sich gezeigt, dass sich die Bindung der in die EWG-Agrarmarktordnung aufgenommenen landwirtschaftlichen Güter an den Dollar/Gold-Standard zu einem ernsthaften Hindernis für Wechselkursänderungen entwickelte. Eine Aufwertung der D-Mark würde sich nämlich in einer substantiellen Einkommenseinbusse der deutschen Landwirtschaft bzw. in der Entstehung eines erheblichen Wettbewerbsvorteils vor allem der französischen Landwirtschaft ausdrücken. Die Korrektur dieser Effekte, entweder durch steigende Subventionen aus der Bundeskasse an die deutsche Bauernsamen oder eine Umgestaltung der Grundlagen für die Preise der Agrargüter in der EWG, ist mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden.

Ausserdem ist es fraglich, ob die Regierung gut beraten gewesen wäre, durch eine einseitige Aufwertung eine wirtschaftspolitische Karte auszuspielen, die sie möglicherweise im Rahmen internationaler Verhandlungen über eine Anpassung der Wechselkurse (Realignment) gut hätte gebrauchen können. Denn, auch das ist nicht von der Hand zu weisen, das Wechselkursproblem präsentiert sich nicht allein als eine deutsche Angelegenheit. Soll eine weltweit wirksame Beruhigung im Währungssektor eintreten, so wäre dazu zweifellos mehr als nur eine Aufwertung der D-Mark notwendig. – Ausserdem können die Aufwertungsgegner auf die *Konjunkturdämpfungsanstrengungen der USA* hinweisen, die ihre ersten Wirkungen zu zeitigen beginnen. Wird sich durch diese Entwicklung der Exportüberschuss der Bundesrepublik «von selbst» erledigen? Diese Vision scheint allerdings etwas kühn. – Weiter, so haben sich Aufwertungsgegner gefragt, wäre es sicherlich wenig klug, die Spekulation durch eine Aufwertung sozusagen zu honorieren.

Und endlich wäre darauf hinzuweisen, dass die Inflationsgefahr in der Bundesrepublik nicht nur importiert ist, sondern auch eine ausgesprochen *binnenwirtschaftliche Komponente* hat. Die ausgeprägt expansive Politik Schillers hat die Wirtschaft mit Liquiditäten «versorgt», die ebenfalls zur Entstehung der preisgefährdenden Boomsituation beigetragen hat. Man hat in Bonn zu spät erkannt, dass Schillers «Aufschwung nach Mass» in eine alle Voraussagen sprengende Dynamik hineingewachsen war. Die rechtzeitige Umschaltung von betonter Wachstumspolitik auf eine der Erhaltung der Preisstabilität dienende Politik wurde verpasst. Es ist nun aber offensichtlich, dass mit einer Aufwertung die binnenwirtschaftlichen Auftriebsfaktoren nur mittelbar getroffen werden.

Ebenso richtig ist natürlich das Argument Schillers, dass allein mit binnenwirtschaftlichen Massnahmen die aussenwirtschaftliche Flanke weiterhin entblösst bleibt, dass es, mit andern Worten, bei stabilen Wechselkursen unmöglich ist,

ohne Aufwertung den importierten Teil der Inflationsgefahr zu neutralisieren. Im Ausmasse der importierten Inflation muss sich eine *Anpassungsinflation* durchsetzen, eine Entwicklung also, die das deutsche Preisniveau in Bewegung bringt. Wenn die Optik nur auf die wirtschaftspolitische Bühne der Bundesrepublik gerichtet wird, so muss man zum Schluss kommen, dass eine Aufwertung im Interesse der Stabilhaltung der D-Mark gelegen hätte. Die Nichtaufwertung kann jedenfalls nicht mit der Sorge um die Erhaltung eines stabilen Geldwertes begründet werden.

Anhaltende Unsicherheit

Vor allem aber ist ins Licht zu stellen – und die Reaktionen der wichtigsten Finanzzentren stützen diese These –, dass durch das Vorgehen der Bundesregierung die D-Mark weiterhin *aufwertungsverdächtig* bleibt. Die abklingende Hektik an den Devisenmärkten wird kaum von sehr langer Dauer sein, weil sich die Spekulation weniger von verbalen Deklamationen, sondern in erster Linie durch Fakten beeindrucken lässt. Solange die internationale Wechselkursstruktur verzerrt bleibt, solange die Absichtserklärungen monetärer Behörden durch die tatsächlich existierende Lage desavouiert werden, kann der Währungssektor kaum zur Ruhe kommen.

Ein zweiter Unsicherheitsfaktor ist während der neuesten Währungskrise in Erscheinung getreten, nämlich der gewaltige Einsatz von *Eurodollars* für Spekulationszwecke. Es ist aufgefallen, dass der Zustrom von heissen Geldern nach der Bundesrepublik – er wird auf insgesamt 16 Milliarden DM geschätzt – wesentlich grösser war als der Devisenabfluss bei den Notenbanken jener Länder, aus denen die heissen Gelder flossen. Die Differenz kann nur vom Eurodollarmarkt stammen, von einem Markte also, den die Notenbanken mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Instrumentarium kaum zu beeinflussen in der Lage sind. Die Regierung Kiesinger hat mit ihrem Entscheid die Hoffnung verbun-

den, die D-Mark-Parität auf «ewig» stabil halten zu können; es scheint jedoch keine Frage, dass das letzte Wort über die D-Mark-Aufwertung noch nicht gesprochen ist.

Der eidgenössische Staatshaushalt 1968

In den wirtschaftspolitischen Gefilden der Eidgenossenschaft ist vor allem der günstige Abschluss der *eidgenössischen Staatsrechnung 1968* zu erwähnen. Die Rechnung hat besser abgeschlossen, als das Budget oder die Finanzprognosen erwarten liessen. Die Finanzrechnung brachte einen *Einnahmenüberschuss* von 157 Millionen Franken bei einem veranschlagten Ausgabenüberschuss von 180 Millionen Franken; die Verbesserung beträgt also 337 Millionen Franken. Unter Einbezug der Vermögensveränderungen resultiert für 1968 in der Gesamtrechnung ein *Reinertrag* von 558 Millionen Franken, gegen 205 Millionen Franken in der Rechnung 1967 und 92 Millionen Franken im Budget 1968. Diese zufriedenstellenden Ergebnisse kontrastieren deutlich zum finanzpolitischen Pessimismus, der in der Vergangenheit mehr und mehr um sich gegriffen hat.

Die Staatsrechnung 1968 hat ihr Gepräge insbesondere durch eine unerwartet gute Entwicklung der *Fiskalerträge* erhalten, hauptsächlich der Steuern, die rund 90% der Gesamterträge erbringen. Andererseits sind auch die *Ausgaben* weiter gewachsen, aber in einem gegenüber den Einnahmen geringeren Rhythmus. Sie haben trotzdem einen neuen *Höchststand* erreicht. Die stärkste Zuwachsrate verzeichnen dabei die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt. Der grösste Einzelposten entfällt nach wie vor auf die Subventionen; während sie 1957 noch 500 Millionen Franken betragen, sind sie nun nahe an die Grenze von 2 Milliarden Franken herangekommen! – Der gute Rechnungsabschluss wird nicht ohne Einfluss auf die künftige Gestaltung der Finanzreform bleiben.

Oeconomicus